

Teil II

1953	Ausgegeben zu Bonn am 11. April 1953	Nr. 6
Tag	Inhalt:	Seite
9. 4. 53	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1952 (Nachtragshaushaltsgesetz 1952)	99
13. 3. 53	Bekanntmachung über die Wiedieranwendung deutsch-britischer Vorkriegsverträge	116
13. 3. 53	Bekanntmachung über die Wiedieranwendung von Vorkriegsverträgen	117
13. 3. 53	Bekanntmachung über die Wiedieranwendung von Vorkriegsverträgen	117
13. 3. 53	Bekanntmachung über die Wiedieranwendung von Vorkriegsverträgen	118

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1952 (Nachtragshaushaltsgesetz 1952).

Vom 9. April 1953.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Zu dem sich aus dem Gesetz vom 25. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 605) ergebenden Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1952 wird der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Nachtrag in Einnahme und Ausgabe auf

2 281 864 900 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt auf

3 403 940 500 Deutsche Mark an Einnahmen
und auf

3 403 940 500 Deutsche Mark an Ausgaben,
im außerordentlichen Haushalt auf

— 1 122 075 600 Deutsche Mark an Einnahmen
und auf

— 1 122 075 600 Deutsche Mark an Ausgaben.

§ 2

(1) Die am 1. Juni 1952 im Dienst befindlichen planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten des Bundes und der in Artikel 130 des Grundgesetzes bezeichneten Verwaltungsorgane und Einrichtungen erhalten eine nicht ruhegehaltfähige Jahreszuwendung in Höhe von 50 vom Hundert der ihnen für den Monat Juni 1952 zustehenden Dienstbezüge. Für die Beamten im Vorbereitungsdiens t gilt diese Regelung sinngemäß.

(2) Bei Beamten, die erst nach dem 1. Januar 1952 als Beamte oder Angestellte in den öffentlichen Dienst (ohne Rücksicht auf den Dienstherrn) eingestellt worden sind, ermäßigt sich die Jahreszuwendung für jeden Monat des Jahres 1952, für den keine Beamten- oder Angestelltenbezüge gezahlt worden sind, um je ein Zwölftel. Diese Einschränkung gilt

nicht für die am 1. Juni 1952 wiederverwendeten Beamten aus dem Kreise der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen. Beamte, die am 1. Juni 1952 ohne Dienstbezüge beurlaubt waren, erhalten nur je ein Zwölftel der Jahreszuwendung für jeden Monat, für den in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1952 Dienstbezüge gezahlt worden sind.

§ 3

(1) Die am 1. Juni 1952 vorhanden gewesenen Empfänger

1. von Versorgungsbezügen (Wartegeldern, Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern und Unterhaltsbeiträgen), die der Bund zu tragen hat,
2. von Übergangsgehältern und Übergangsbezügen nach den §§ 37 und 52 Abs. 2, Ruhegehalt, Ruhevergütung und Ruhelohn nach § 52 Abs. 1 und Bezügen nach § 51 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 307),
3. von Ruhevergütung und Ruhelohn, die der Bund auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften zu tragen hat,
4. von laufenden Unterstützungen, die Angestellte und Arbeiter ehemaliger Heeres- und Marinebetriebe und der ehemaligen Reichsdruckerei nach den dafür ergangenen Bestimmungen erhalten,

oder deren Hinterbliebenen erhalten eine einmalige Jahreszuwendung. Satz 1 gilt auch, wenn Einrichtungen nach § 61 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 zur Versorgung verpflichtet sind.

(2) Die Jahreszuwendung beträgt 50 vom Hundert des Bruttobetragtes an Versorgungs- oder diesen gleichgestellten Bezügen (einschließlich etwaiger Kinderzuschläge), der den im Absatz 1 bezeichneten Personen für den Monat Juni 1952 vor Anwendung der Ruhensvorschriften des § 127 des Deutschen Beamtengesetzes und der §§ 33 Abs. 1 und 2 und 37 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 zustand. Bei Bezügen, auf die ein Rechtsanspruch nicht besteht und die für einen nach dem 1. Januar 1952 liegenden Zeitraum bewilligt worden sind, ist die Jahreszuwendung für jeden Monat des Jahres 1952, für den keine Zahlung geleistet worden ist, um je ein Zwölftel zu kürzen.

(3) Auf die Jahreszuwendungen nach den Absätzen 1 und 2 sind die Ruhensvorschriften des § 127 des Deutschen Beamtengesetzes und der §§ 33 Abs. 1 und 2 und 37 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 nicht anzuwenden. Die Zuwendungen nach § 2 dieses Gesetzes oder nach entsprechenden, in den Ländern geltenden Vorschriften und die Ausgleichszahlungen auf Grund der Tarifvereinbarung vom 8. April 1952 (Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen S. 189) sind bei Anwendung der vorbezeichneten Ruhensvorschriften nicht zu berücksichtigen; sie sind auf die Jahreszuwendungen nach den Absätzen 1 und 2 anzurechnen.

§ 4

(1) Die jeweils bei den Ausgabetiteln 2, 3, 4 und 5 der einzelnen Haushaltskapitel des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 veranschlagten Mittel können in Abweichung von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen insoweit überschritten werden, als sie infolge

1. der den Beamten gemäß § 2 dieses Gesetzes gewährten Jahreszuwendung
2. der den Angestellten gemäß der Tarifvereinbarung vom 8. April 1952 gewährten Ausgleichszahlung

nicht ausreichen.

(2) Übertragbare Ausgabemittel sind mit anderen Ausgabemitteln deckungsfähig, wenn dies bei einzelnen Ausgabetiteln im Haushaltsplan durch Haushaltsvermerk bestimmt ist (§ 31 Satz 2 der Reichshaushaltsordnung).

§ 5

(1) Hat auf Grund der Gesetze zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 291) oder vom 18. März 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 137) der Geschädigte einen Anspruch auf Wiederanstellung oder Beförderung gegen den Bund und steht im Bereiche der zuständigen obersten Bundesbehörde keine freie Planstelle zur Verfügung, die der ihm zu gewährenden Rechtsstellung und Besoldung entspricht, so kann der Bundesminister der Finanzen mit Zustimmung

des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zum Zwecke der Unterbringung des Geschädigten eine vorhandene Planstelle mit dem Zusatz „künftig umzuwandeln in Besoldungsgruppe . . .“ in eine Planstelle einer Besoldungsgruppe mit höherem Endgrundgehalt umwandeln oder, falls die Wiederanstellung oder Beförderung auf diese Weise nicht durchführbar ist, eine Planstelle der erforderlichen Art mit dem Zusatz „künftig wegfallend“ im Haushaltsplan zusätzlich ausbringen. Diese Maßnahmen sind auch dann zulässig, wenn für den wiedergutmachungsberechtigten Beamten eine seiner dienstlichen Eignung entsprechende Verwendung in einer freien Planstelle nicht möglich ist.

(2) Freie planmäßige Stellen sind mit Beamten zu besetzen, die aus einer Planstelle nach Absatz 1 besoldet werden und die erforderliche Vor- und Ausbildung für das zu übertragende Amt besitzen. Der Bundesminister der Finanzen kann Ausnahmen zulassen. Wird der Beamte in eine Planstelle des ordentlichen Stellenplans eingewiesen, so fällt die zusätzliche Planstelle weg; war die Stelle umgewandelt worden, so entfällt die Höherstufung. Die Vorschriften des § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleiben unberührt.

(3) Wird ein Beamter, der einen Wiederanstellungsanspruch nach § 9 des Gesetzes vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 291) gegen den Bund hat, für den sich aber keine geeignete Verwendungsmöglichkeit im Bundesdienst bietet, von einem anderen Dienstherrn übernommen, so kann diesem von der zur Durchführung der Wiedergutmachung zuständigen obersten Bundesbehörde mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen ein laufender Zuschuß aus Bundesmitteln bis höchstens zur Hälfte der Aufwendungen zugesichert werden, die dem Bunde im Falle einer dem Wiedergutmachungsbescheid entsprechenden Wiederverwendung des Berechtigten an Dienstbezügen erwachsen würden. Dies gilt auch dann, wenn der Beamte zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet oder beurlaubt wird. Der Bundeszuschuß kann auch dann zugesichert werden, wenn der wiedergutmachungsberechtigte Beamte nach Inkrafttreten des Gesetzes vom 11. Mai 1951 als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit von einem anderen Dienstherrn in einer nicht dem Wiedergutmachungsbescheid entsprechenden Rechtsstellung übernommen worden ist, jedoch höchstens bis zu dem Betrage der Mehraufwendungen, die dem anderen Dienstherrn dadurch entstehen, daß er die Rechtsstellung des Beamten auf das dem Wiedergutmachungsbescheid entsprechende Maß verbessert.

(4) Absatz 3 findet entsprechende Anwendung

1. auf ehemalige Berufssoldaten (§ 20 des Gesetzes vom 11. Mai 1951 — Bundesgesetzbl. I S. 307 —) mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Dienstbezüge das Ruhegehalt tritt;
2. auf Angestellte und Arbeiter, die einen Wiederanstellungsanspruch nach § 21 des Gesetzes vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 307) gegen den Bund haben, für die sich aber keine entsprechende geeignete Verwendungsmöglichkeit im Bundesdienst bietet.

§ 6

(1) Wird ein planmäßiger Beamter zur Dienstleistung bei einer öffentlichen internationalen Organisation im dienstlichen Interesse des Bundes unter Fortfall seiner Dienstbezüge beurlaubt, so kann der Bundesminister der Finanzen im Haushaltsplan beim Besoldungstitel der entsendenden Dienstbehörde eine Leerstelle der Besoldungsgruppe des Beurlaubten ausbringen. Die Ausbringung ist nur zulässig, wenn die Beurlaubung voraussichtlich länger als ein Jahr dauert und ein unabweisbares Bedürfnis für die Neubesetzung der von dem beurlaubten Beamten innegehabten Planstelle gegeben ist.

(2) Mit Ablauf der Beurlaubung ist der Beamte in eine freie oder in die nächste freiwerdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Dienstbehörde einzuweisen; mit der Einweisung entfällt die Leerstelle. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen, sofern nicht eine Einweisung in eine sonstige freie Planstelle des Bundeshaushaltsplanes erfolgt. Die Vorschriften des § 36a der Reichshaushaltsordnung bleiben unberührt.

§ 7

Die Vorschrift des § 75 der Reichshaushaltsordnung findet im Rechnungsjahr 1952 hinsichtlich der Ausgabestelle des Rechnungsjahres 1950 in Höhe von 318 780 266 Deutsche Mark keine Anwendung.

§ 8

(1) In § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 (Haushaltsgesetz 1952) vom 25. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 605) wird die Zahl „2 243 708 650 Deutsche Mark“ ersetzt durch die Zahl „2 143 708 650 Deutsche Mark“.

(2) In § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1952 (Haushaltsgesetz 1952) vom 25. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 605) wird die Zahl „2 243 708 650 Deutsche Mark“ ersetzt durch die Zahl „1 242 250 000 Deutsche Mark“.

§ 9

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

§ 10

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe der §§ 12 Abs. 1 und 13 Abs. 1 des Gesetzes über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz) vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Lande Berlin.

§ 11

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1952 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 9. April 1953.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				Mithin Überschuß (+) Zuschuß (-)
			Einnahmen	fortdauernde	Ausgaben einmalige	Summe	
1	1a	2	3	4	5	6	7
I		Bundespräsident und Bundespräsidialamt					
	1	Bundespräsident	—	—	—	—	—
	2	Bundespräsidialamt	— 10 000	91 200	—	91 200	— 101 200
		Zusammen....	— 10 000	91 200	—	91 200	— 101 200
II		Deutscher Bundestag					
	1	Deutscher Bundestag	47 000	806 700	1 048 600	1 855 300	— 1 898 300
III		Deutscher Bundesrat					
	1	Deutscher Bundesrat	— 2 000	6 000	63 200	69 200	— 71 200
IV		Bundeskanzler und Bundeskanzleramt					
	1	Bundeskanzler und Bundeskanzlei	7 100	359 700	—	359 700	— 352 600
	2	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	2 900	3 432 850	293 050	3 725 900	— 3 723 000
	3	Der Beauftragte der Bundesregierung für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammen- hängenden Fragen	1 000	2 798 100	346 700	3 144 800	— 3 143 800
		Zusammen....	11 000	6 590 650	639 750	7 230 400	— 7 219 400
IV a		Auswärtiges Amt					
	1	Auswärtiges Amt	12 500	3 902 400	14 187 950	18 090 350	— 18 077 850
	2	Vertretung des Bundes im Ausland	3 265 200	27 552 100	3 240 000	30 792 100	— 27 526 900
	3	Sonstige allgemeine Haushaltsaus- gaben	—	3 260 100	—	3 260 100	— 3 260 100
	4	Minderausgaben	—	— 26 500 000	—	— 26 500 000	+ 26 500 000
		Zusammen....	3 277 700	8 214 600	17 427 950	25 642 550	— 22 364 850
IV b		Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete					
	1	Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete	—	548 900	—	548 900	— 548 900
V		Bundesministerium für den Marshallplan					
	1	Bundesministerium für den Marshall- plan	7 300	— 177 500	—	— 177 500	+ 184 800
	1a	ERP-Mittel	—	—	—	—	—
	1b	Anleihe der Export-Import-Bank Washington	—	—	—	—	—
	2	Deutsche Vertretung bei der OEEC in Paris und bei der MSA in Washington sowie ERP-Kontor in Bad Godesberg	1 800	356 800	—	356 800	— 355 000
		Zusammen....	9 100	— 179 300	—	— 179 300	— 170 200

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	—	—	—
—	—	—	— 10 000	91 200	— 101 200
—	—	—	— 10 000	91 200	— 101 200
—	—	—	47 000	1 855 300	— 1 808 300
—	—	—	— 2 000	69 200	— 71 200
—	3 200 000	— 3 200 000	7 100	3 559 700	— 3 552 600
—	—	—	2 900	3 725 900	— 3 723 000
—	—	—	1 000	3 144 800	— 3 143 800
—	3 200 000	— 3 200 000	11 000	10 430 400	— 10 419 400
—	3 735 000	— 3 735 000	12 500	21 825 350	— 21 812 850
—	—	—	3 265 200	30 792 100	— 27 526 900
—	—	—	—	3 260 100	— 3 260 100
—	—	—	—	26 500 000	+ 26 500 000
—	3 735 000	— 3 735 000	3 277 700	29 377 550	— 26 099 850
—	—	—	—	548 900	— 548 900
—	—	—	7 300	— 177 500	+ 184 800
— 261 444 500	— 252 919 500	— 8 525 000	— 261 444 500	— 252 919 500	— 8 525 000
—	70 980 000	— 70 980 000	—	70 980 000	— 70 980 000
—	—	—	1 800	356 800	— 355 000
— 261 444 500	— 181 939 500	— 79 505 000	— 261 435 400	— 181 760 200	— 79 675 200

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt					Mithin Überschuß (+) Zuschuß (-)
			Einnahmen	Ausgaben			Summe	
				fortdauernde	einmalige			
1	1a	2	3	4	5	6	7	
V a		Deutscher Vertreter im Rat der Internationalen Ruhrbehörde und Deutsches Delegationsbüro in Düsseldorf						
	1	Deutscher Vertreter im Rat der Internationalen Ruhrbehörde und Deutsches Delegationsbüro in Düsseldorf	—	— 183 100	—	— 183 100	+ 183 100	
VI		Bundesministerium des Innern						
	1	Bundesministerium des Innern	7 400	4 084 100	— 1 074 700	3 009 400	— 3 002 000	
	2	Sonstige Bewilligungen	100 000	18 078 700	460 000	18 538 700	— 18 438 700	
	3	Bundesverwaltungsgericht	3 300	715 100	— 3 000	712 100	— 708 800	
	4	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	100	57 000	— 3 000	54 000	— 53 900	
	5	Dienststrafhof	— 12 000	— 166 100	—	— 166 100	+ 154 100	
	5a	Bundesdienststrafhof	600	440 100	—	440 100	— 439 500	
	6	Der Vertreter des öffentlichen Interesses beim Dienststrafhof	—	— 39 900	—	— 39 900	+ 39 900	
	6a	Der Bundesanwalt (Generalanwalt) beim Bundesdienststrafhof	—	113 700	—	113 700	— 113 700	
	7	Dienststrafkammern	— 20 000	— 148 000	—	— 148 000	+ 128 000	
	7a	Bundesdienststrafkammern	58 500	252 500	—	252 500	— 194 000	
	8	Statistisches Bundesamt	47 500	3 628 900	— 49 800	3 579 100	— 3 531 600	
	9	Bundesamt für Verfassungsschutz ..	18 300	532 500	78 500	611 000	— 592 700	
	10	Bundeskriminalamt	—	2 072 100	72 000	2 144 100	— 2 144 100	
	11	Bundesgesundheitsamt	100 200	3 049 000	79 000	3 128 000	— 3 027 800	
	12	Bundesamt für Auswanderung	2 000	111 500	—	111 500	— 109 500	
	13	Bundesarchiv	4 000	139 100	— 277 400	— 138 300	+ 142 300	
	14	Institut für Raumforschung	6 100	38 700	—	38 700	— 32 600	
	16	Institut für angewandte Geodäsie ..	136 000	485 700	107 000	592 700	— 456 700	
	17	Amt (Bundesanstalt) für Landeskunde	1 800	6 100	—	6 100	— 4 300	
	18	Bundesanstalt für zivilen Luftschutz	800	100 000	495 000	595 000	— 594 200	
	19	Vorbereitende Luftschutzmaßnahmen	—	— 910 000	— 300 000	— 1 210 000	+ 1 210 000	
	20	Personalamt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ..	—	— 144 800	—	— 144 800	+ 144 800	
	21	Abwicklungsstellen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	—	— 4 700	—	— 4 700	+ 4 700	
	22	Bundesgrenzschutz - Bundespaßkontrolldienst	77 400	4 902 200	2 16 800	5 119 000	— 5 041 600	
	23	Bundesausgleichsstelle	—	149 100	—	149 100	— 149 100	
	24	Befehls- und Beschaffungseinrichtungen	— 27 300	— 361 900	— 6 500 000	— 6 861 900	+ 6 834 600	
	25	Bundesgrenzschutz	2 061 700	18 198 500	3 872 300	22 070 800	— 20 009 100	
	26	Beschaffungsstelle für den Bundesgrenzschutz	—	423 500	— 15 000	408 500	— 408 500	
	27	Seegrenzschutzverband	113 100	2 041 300	2 112 000	4 153 300	— 4 040 200	
	28	Büro für Aufenthaltsgenehmigungen beim Bundesminister des Innern	—	82 700	—	82 700	— 82 700	
	29	Deutsches Archäologisches Institut ..	1 600	773 200	20 900	794 100	— 792 500	
	32	Bundesamt für Landbeschaffung	—	—	67 500	67 500	— 67 500	
	33	Zulassungs- und Beschwerdeausschüsse in Sammellagern für Ausländer	—	273 400	18 000	291 400	— 291 400	
	34	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	—	11 500	—	11 500	— 11 500	
	35	Bundeszentrale für Heimatdienst ..	—	2 370 800	17 600	2 388 400	— 2 388 400	
		Zusammen	2 681 100	61 355 600	— 606 300	60 749 300	— 58 068 200	

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	—	— 183 100	+ 183 100
—	—	—	7 400	3 009 400	— 3 002 000
—	—	—	100 000	18 538 700	— 18 438 700
—	—	—	3 300	712 100	— 708 800
—	—	—	100	54 000	— 53 900
—	—	—	— 12 000	— 166 100	+ 154 100
—	—	—	600	440 100	— 439 500
—	—	—	—	— 39 900	+ 39 900
—	—	—	—	113 700	— 113 700
—	—	—	— 20 000	— 148 000	+ 128 000
—	—	—	58 500	252 500	— 194 000
—	3 000 000	— 3 000 000	47 500	6 579 100	— 6 531 600
—	—	—	18 300	611 000	— 592 700
—	—	—	—	2 144 100	— 2 144 100
—	—	—	100 200	3 128 000	— 3 027 800
—	—	—	2 000	111 500	— 109 500
—	—	—	4 000	— 138 300	+ 142 300
—	—	—	6 100	38 700	— 32 600
—	—	—	136 000	592 700	— 456 700
—	—	—	1 800	6 100	— 4 300
—	—	—	800	595 000	— 594 200
—	—	—	—	— 1 210 000	+ 1 210 000
—	—	—	—	— 144 800	+ 144 800
—	—	—	—	— 4 700	+ 4 700
—	—	—	77 400	5 119 000	— 5 041 600
—	—	—	—	149 100	— 149 100
—	—	—	— 27 300	— 6 861 900	+ 6 834 600
—	—	—	2 061 700	22 070 800	— 20 009 100
—	—	—	—	408 500	— 408 500
—	—	—	113 100	4 153 300	— 4 040 200
—	—	—	—	82 700	— 82 700
—	—	—	1 600	794 100	— 792 500
—	—	—	—	67 500	— 67 500
—	—	—	—	291 400	— 291 400
—	—	—	—	11 500	— 11 500
—	—	—	—	2 388 400	— 2 388 400
—	3 000 000	— 3 000 000	2 681 100	63 749 300	— 61 068 200

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				
			Einnahmen	Ausgaben		Mithin Überschuß (+) Zuschuß (-)	
1	1a	2	3	fortdauernde 4	einmalige 5		Summe 6
VII		Bundesministerium der Justiz					
	1	Bundesministerium der Justiz.....	304 500	387 200	—	387 200	— 82 700
	2	Bundesverfassungsgericht	1 500	376 600	202 700	579 300	— 577 800
	4	Bundesgerichtshof	131 900	956 300	—	956 300	— 824 400
	4a	Deutsches Obergericht	— 2 300	— 121 900	—	— 121 900	+ 119 600
	4b	Generalanwaltschaft	— 100	— 62 300	—	— 62 300	+ 62 200
	5	Deutsches Patentamt	2 375 100	3 141 000	—	3 141 000	— 765 900
		Zusammen....	2 810 600	4 676 900	202 700	4 879 600	— 2 069 000
VIII		Bundesministerium der Finanzen					
	1	Bundesministerium der Finanzen ..	34 900	4 039 300	139 300	4 178 600	— 4 143 700
	2	Bundesfinanzhof	— 20 900	300 500	10 400	310 900	— 331 800
	3	Bundesbaudirektion	—	55 700	—	55 700	— 55 700
	4	Bundesfinanzverwaltung — Steuer..	—	113 313 200	—	113 313 200	— 113 313 200
	5	Bundesfinanzverwaltung — Zoll....	2 487 400	37 531 300	821 500	38 352 800	— 35 865 400
	6	Bundesvermögens- und Bundesbau- verwaltung	10 696 300	37 733 000	214 000	37 947 000	— 27 250 700
	7	Hauptamt für Soforthilfe	100	314 700	2 600	317 300	— 317 200
	8	Bundesausgleichsamt	—	696 200	78 500	774 700	— 774 700
	9	Amt für Wertpapierbereinigung....	3 000	306 900	50 100	357 000	— 354 000
	10	Bundeshauptkasse	—	46 400	—	46 400	— 46 400
	11	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	—	46 600	—	46 600	— 46 600
		Zusammen....	13 200 800	194 383 800	1 316 400	195 700 200	— 182 499 400
IX		Bundesministerium für Wirtschaft					
	1	Bundesministerium für Wirtschaft ..	— 17 368 200	5 048 200	1 048 800	6 097 000	— 23 465 200
	1a	Verwaltung für Wirtschaft in Ab- wicklung	— 100	— 57 400	—	— 57 400	+ 57 300
	2	Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft	— 5 500	2 569 500	— 70 000	2 499 500	— 2 505 000
	2a	Fachstellen der gewerblichen Wirt- schaft in Abwicklung	— 1 688 000	— 1 688 000	—	— 1 688 000	—
	3	Physikalisch-Technische Bundes- anstalt	50 000	1 153 500	15 800	1 169 300	— 1 119 300
	4	Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel	500	238 900	—	238 900	— 238 400
	5	Bundesaufsichtsamt für Versiche- rungs- und Bausparwesen	311 100	837 200	200	837 400	— 526 300
		Zusammen....	— 18 700 200	8 101 900	994 800	9 096 700	— 27 796 900
X		Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten					
	1	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	92 706 300	19 670 600	— 46 187 700	— 26 517 100	+ 119 223 400
	2	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Braun- schweig-Gliesmarode	36 800	453 600	24 000	477 600	— 440 800
	3	Bundesforschungsanstalt für Haus- wirtschaft in Bad Godesberg	4 600	285 100	—	285 100	— 280 500
	4	Bundesanstalt für Lebensmittelfor- schung in Karlsruhe	300	81 300	—	81 300	— 81 000

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	304 500	387 200	— 82 700
—	—	—	1 500	579 300	— 577 800
—	—	—	131 900	956 300	— 824 400
—	—	—	2 300	121 900	+ 119 600
—	—	—	100	62 300	+ 62 200
—	—	—	2 375 100	3 141 000	— 765 900
—	—	—	2 810 600	4 879 600	— 2 069 000
—	—	—	34 900	4 178 600	— 4 143 700
—	—	—	20 900	310 900	— 331 800
—	—	—	—	55 700	— 55 700
—	—	—	—	113 313 200	— 113 313 200
—	5 027 000	— 5 027 000	2 487 400	43 379 800	— 40 892 400
—	200 000	— 200 000	10 696 300	38 147 000	— 27 450 700
—	—	—	100	317 300	— 317 200
—	—	—	—	774 700	— 774 700
—	—	—	3 000	357 000	— 354 000
—	—	—	—	46 400	— 46 400
—	—	—	—	46 600	— 46 600
—	5 227 000	— 5 227 000	13 200 800	200 927 200	— 187 726 400
— 61 643 200	159 748 800	— 221 392 000	— 79 011 400	165 845 800	— 244 857 200
—	—	—	100	57 400	+ 57 300
—	—	—	5 500	2 499 500	— 2 505 000
—	—	—	1 688 000	1 688 000	—
—	1 602 000	— 1 602 000	50 000	2 771 300	— 2 721 300
—	—	—	500	238 900	— 238 400
—	—	—	311 100	837 400	— 526 300
— 61 643 200	161 350 800	— 222 994 000	— 80 343 400	170 447 500	— 250 790 900
—	11 500 000	— 11 500 000	92 706 300	15 017 100	+ 107 723 400
—	—	—	36 800	477 600	— 440 800
—	—	—	4 600	285 100	— 280 500
—	—	—	300	81 300	— 81 000

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt							
			Einnahmen	Ausgaben			Mithin Überschuß (+) Zuschuß (-)			
				fortdauernde	einmalige	Summe				
1	1a	2	3	4	5	6	7			
(X)	5	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel	294 200	451 900	—	451 900	—	157 700		
	6	Bundesanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Reinbek bei Hamburg	—	115 800	10 000	125 800	—	125 800		
	7	Bundeforschungsanstalt für Kleintierzucht in Celle	3 400	57 800	14 700	72 500	—	69 100		
	8	Bundesanstalt für Getreideverarbeitung in Detmold	—	400	57 000	—	57 000	—	57 400	
	9	Bundesanstalt für Fischerei in Hamburg	—	500	114 900	—	114 900	—	115 400	
	10	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt (Main)	2 511 100	1 455 700	25 000	1 480 700	+	1 030 400		
	11	Bundessortenamt für Nutzpflanzen in Bonn	23 400	221 400	47 000	268 400	—	245 000		
	12	Bundeforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	—	25 000	—	25 000	—	25 000		
	13	Tabakforschungsinstitut in Forchheim	58 600	526 700	—	526 700	—	468 100		
	14	Zentralstelle für Naturschutz und Landschaftspflege in Egestorf	—	4 500	—	4 500	—	4 500		
	15	Zentralstelle für Vegetationskartierung in Stolzenau (Weser)	5 000	33 800	—	33 800	—	28 800		
	16	Bundeforschungsanstalt für Fleischwirtschaft in Kulmbach	35 200	194 800	—	194 800	—	159 600		
	17	Durchführung von Maßnahmen zur Förderung der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	—	—	—	—	—	—		
			Zusammen....	95 678 000	23 749 900	— 46 067 000	— 22 317 100	+	117 995 100	
	XI		Bundesministerium für Arbeit							
		1	Bundesministerium für Arbeit	—	13 800	2 191 900	94 500	2 286 400	—	2 300 200
		1a	Arbeitslosenhilfe	—	480 000	102 449 000	—	102 449 000	—	101 969 000
1b		Betriebliche Altersfürsorge	—	—	15 000 000	—	15 000 000	—	15 000 000	
1c		Sozialversicherung	—	250 000	250 660 000	—	250 660 000	—	250 410 000	
1d		Minderausgabe	—	—	—	—	—	—	—	
2		Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	—	534 800	85 300	—	85 300	—	620 100	
3	Bundesinstitut für Arbeitsschutz	—	20 700	119 900	21 500	141 400	—	120 700		
		Zusammen....	202 100	210 506 100	116 000	210 622 100	—	210 420 000		
XII		Bundesministerium für Verkehr								
	1	Bundesministerium für Verkehr	—	205 900	3 385 700	4 456 600	7 842 300	—	7 636 400	
	2	Binnenwasserstraßenverwaltung	—	1 217 200	4 280 600	—	4 280 600	—	3 063 400	
	3	Bundeschleppbetrieb	—	—	—	—	—	—	—	
	4	Seewasserstraßenverwaltung	—	304 400	3 793 700	—	3 793 700	—	4 098 100	
	5	Bundesamt für Schiffsvermessung	—	130 000	40 500	—	40 500	+	89 500	
	6	Deutsches Hydrographisches Institut	—	147 800	569 700	—	569 700	—	421 900	
	7	Bundesanstalt für Gewässerkunde	—	3 500	134 300	20 000	154 300	—	150 800	
	8	Bundesanstalt für Wasserbau	—	—	90 000	—	90 000	—	90 000	
	9	Kraftfahrt-Bundesamt	—	797 300	1 436 200	58 200	1 494 400	—	697 100	
10	Typprüfstelle für Kraftfahrzeuge	—	21 800	44 900	—	44 900	+	23 100		

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	294 200	451 900	— 157 700
—	—	—	—	125 800	— 125 800
—	—	—	3 400	72 500	— 69 100
—	—	—	400	57 000	— 57 400
—	—	—	500	114 900	— 115 400
—	—	—	2 511 100	1 480 700	+ 1 030 400
—	—	—	23 400	268 400	— 245 000
—	—	—	—	25 000	— 25 000
—	—	—	58 600	526 700	— 468 100
—	—	—	—	4 500	— 4 500
—	—	—	5 000	33 800	— 28 800
—	—	—	35 200	194 800	— 159 600
—	—	—	—	—	—
—	11 500 000	— 11 500 000	95 678 000	— 10 817 100	+ 106 495 100
—	—	—	— 13 800	2 286 400	— 2 300 200
—	—	—	480 000	102 449 000	— 101 969 000
—	—	—	—	15 000 000	— 15 000 000
—	—	—	250 000	250 660 000	— 250 410 000
—	—	—	—	— 160 000 000	+ 160 000 000
—	—	—	— 534 800	85 300	— 620 100
—	—	—	20 700	141 400	— 120 700
—	—	—	202 100	210 622 100	— 210 420 000
—	42 350 000	— 42 350 000	205 900	50 192 300	— 49 986 400
—	4 500 000	— 4 500 000	1 217 200	8 780 600	— 7 563 400
—	—	—	—	—	—
—	4 050 000	— 4 050 000	— 304 400	7 843 700	— 8 148 100
—	—	—	130 000	40 500	+ 89 500
—	—	—	147 800	569 700	— 421 900
—	—	—	3 500	154 300	— 150 800
—	—	—	—	90 000	— 90 000
—	—	—	797 300	1 494 400	— 697 100
—	—	—	— 21 800	— 44 900	+ 23 100

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
			Einnahmen	Ausgaben		Summe	
				fortdauernde	einmalige		
1	1a	2	3	4	5	6	7
(XII)	11	Bundesanstalt für Straßenbau	22 500	71 000	—	71 000	— 48 500
	12	Bundesfernverkehrsstraßen	— 1 732 700	9 824 500	—	9 824 500	— 11 557 200
	13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten ..	1 300	100	—	100	+ 1 200
	14 ^(alt)	Deutscher Wetterdienst	—	— 12 706 500	—	— 12 706 500	+ 12 706 500
	14 ^(neu)	Deutscher Wetterdienst	627 800	16 876 400	666 100	17 542 500	— 16 914 700
	15	Flugsicherung	—	6 275 000	4 830 300	11 105 300	— 11 105 300
		Zusammen....	1 094 400	34 026 300	10 031 200	44 057 500	— 42 963 100
XIII		Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen					
	2	Bundesdruckerei	—	— 355 000	—	— 355 000	+ 355 000
XIV		Bundesministerium für Wohnungsbau					
	1	Bundesministerium für Wohnungs- bau	5 741 300	147 587 300	—	147 587 300	— 141 846 000
XV		Bundesministerium für Vertriebene					
	1	Bundesministerium für Vertriebene	— 10 700	10 703 900	—	10 703 900	— 10 714 600
	2	Notaufnahmелager Gießen, Uelzen und Berlin	—	1 876 800	—	1 876 800	— 1 876 800
		Zusammen....	— 10 700	12 580 700	—	12 580 700	— 12 591 400
XVI		Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen					
	1	Bundesministerium für gesamtdeut- sche Fragen	— 2 300	7 431 800	—	7 431 800	— 7 434 100
XVII		Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrats					
	1	Bundesministerium für Angelegen- heiten des Bundesrats	400	68 800	—	68 800	— 68 400
XX		Bundesrechnungshof					
	1	Bundesrechnungshof	—	1 268 800	—	1 268 800	— 1 268 800
XXI		Bundesschuld					
	1	Bundesschuldenverwaltung	10 900	25 258 700	430 000	25 688 700	— 25 677 800
	1a	Archiv der Bundesschuldenverwal- tung in Berlin	— 9 900	11 700	—	11 700	— 21 600
	2	Verzinsung	—	13 616 400	—	13 616 400	— 13 616 400
	3	Tilgung	—	—	—	—	—
	4	Zum Ankauf von Schuldurkunden des Bundes	—	25 020 000	—	25 020 000	— 25 020 000
	5	Inanspruchnahme aus Sicherheits- leistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—	—
	1	Anleihe	—	—	—	—	—
		Zusammen....	1000	63 906 800	430 000	64 336 800	— 64 335 800

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	22 500	71 000	— 48 500
—	29 070 000	— 29 070 000	— 1 732 700	38 894 500	— 40 627 200
—	—	—	1 300	100	+ 1 200
—	60 000	+ 60 000	—	— 12 766 500	+ 12 766 500
—	60 000	— 60 000	627 800	17 602 500	— 16 974 700
—	—	—	—	11 105 300	— 11 105 300
—	79 970 000	— 79 970 000	1 094 400	124 027 500	— 122 933 100
—	—	—	—	— 355 000	+ 355 000
—	72 500 000	— 72 500 000	5 741 300	220 087 300	— 214 346 000
—	—	—	— 10 700	10 703 900	— 10 714 600
—	—	—	—	1 876 800	— 1 876 800
—	—	—	— 10 700	12 580 700	— 12 591 400
—	—	—	— 2 300	7 431 800	— 7 434 100
—	—	—	400	68 800	— 68 400
—	4 000 000	— 4 000 000	—	5 268 800	— 5 268 800
—	2 200 000	— 2 200 000	10 900	27 888 700	— 27 877 800
—	—	—	— 9 900	11 700	— 21 600
—	—	—	—	13 616 400	— 13 616 400
—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	25 020 000	— 25 020 000
—	—	—	—	—	—
— 901 458 650	—	— 901 458 650	— 901 458 650	—	— 901 458 650
— 901 458 650	2 200 000	— 903 658 650	— 901 457 650	66 536 800	— 967 994 450

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				
			Einnahmen	Ausgaben			Mithin Überschuß (+) Zuschuß (-)
				fortdauernde	einmalige	Summe	
1	1a	2	3	4	5	6	7
XXII		Finanzielle Hilfe für Berlin					
	E11	Finanzhilfe an Berlin	—	—	50 000 000	50 000 000	— 50 000 000
XXIII		Allgemeine Finanzverwaltung					
	1	Ablieferungen der Bundesbahn und Bundespost	10 000 000	—	—	—	+ 10 000 000
	2	Besitz- und Verkehrsteuern	1 960 000 000	—	—	—	+ 1 960 000 000
	3	Zölle und Verbrauchsteuern	308 750 000	—	—	—	+ 308 750 000
	4	Abgabe „Notopfer Berlin“	105 000 000	—	—	—	+ 105 000 000
	5	Bank- und Münzwesen	— 255 000 000	—	—	—	— 255 000 000
	6	Interessenquote der Länder	— 112 000 000	—	—	—	— 112 000 000
	7	Allgemeine Einnahmen	500 000	—	—	—	+ 500 000
	9	Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer..	1 912 060 000	—	—	—	+ 1 912 060 000
	11	Beitrag der Länder zur Deckung des Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahr 1949	— 129 786 700	—	—	—	— 129 786 700
	12	Mehrertrag aus Steuern	— 519 000 000	—	—	—	— 519 000 000
	1	Versorgungsbezüge	—	— 920 000	—	— 920 000	+ 920 000
	2	Beihilfen und Renten	—	— 80 000	—	— 80 000	+ 80 000
	3	Bewilligungen besonderer Art	—	30 200 000	—	30 200 000	— 30 200 000
	4	Bank- und Münzwesen	—	— 55 000 000	—	— 55 000 000	+ 55 000 000
	7	Sonstige Ausgaben	—	— 11 508 100	—	— 11 508 100	+ 11 508 100
	8	Minderungsausgabe	—	— 30 000 000	—	— 30 000 000	+ 30 000 000
	9	Verstärkung der Mittel für persönliche Verwaltungsausgaben	—	— 5 500 000	—	— 5 500 000	+ 5 500 000
	E10	Zur Deckung des Nachtrags	—	—	— 283 107 250	— 283 107 250	+ 283 107 250
	E11	Beteiligungen des Bundes	—	—	— 1 550 000	— 1 550 000	+ 1 550 000
	E12	Einmalige Unterstützungen an die Beamten, Angestellten und Versorgungsempfänger des Bundes einschließlich der unter das Gesetz zu Art. 131 GG fallenden Personen sowie an die Beamten und Angestellten der Kriegsoferversorgungsverwaltung	—	—	40 000 000	40 000 000	— 40 000 000
	E13	Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts	—	—	200 000	200 000	— 200 000
	E14	Fonds zur Sanierung von Notstandsgebieten	—	—	23 000 000	23 000 000	— 23 000 000
	E15	Fehlbetrag aus Vorjahren	—	—	94 446 300	94 446 300	— 94 446 300
	E18	Rückkauf von durch die Besatzungsmächte beschlagnahmten Schwimmdocks (erster Teilbetrag)	—	—	5 870 000	5 870 000	— 5 870 000
	1	Rückerstattungen aus Darlehen und Gewinne aus Beteiligungen	—	—	—	—	—
	2	Beitrag der HICOG zur Bevorratung Berlins	—	—	—	—	—
	A 1	Zur Deckung des Nachtrags	—	—	—	—	—

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	—	50 000 000	— 50 000 000
—	—	—	10 000 000	—	+ 10 000 000
—	—	—	1 960 000 000	—	+ 1 960 000 000
—	—	—	308 750 000	—	+ 308 750 000
—	—	—	105 000 000	—	+ 105 000 000
—	—	—	— 255 000 000	—	— 255 000 000
—	—	—	— 112 000 000	—	— 112 000 000
—	—	—	500 000	—	+ 500 000
—	—	—	1 912 060 000	—	+ 1 912 060 000
—	—	—	— 129 786 700	—	— 129 786 700
—	—	—	— 519 000 000	—	— 519 000 000
—	—	—	—	— 920 000	+ 920 000
—	—	—	—	— 80 000	+ 80 000
—	—	—	—	30 200 000	— 30 200 000
—	—	—	—	— 55 000 000	+ 55 000 000
—	—	—	—	— 11 508 100	+ 11 508 100
—	—	—	—	— 30 000 000	+ 30 000 000
—	—	—	—	— 5 500 000	+ 5 500 000
—	—	—	—	— 283 107 250	+ 283 107 250
—	—	—	—	— 1 550 000	+ 1 550 000
—	—	—	—	40 000 000	— 40 000 000
—	—	—	—	200 000	— 200 000
—	—	—	—	23 000 000	— 23 000 000
—	—	—	—	94 446 300	— 94 446 300
—	—	—	—	5 870 000	— 5 870 000
2 470 750	—	+ 2 470 750	2 470 750	—	+ 2 470 750
100 000 000	—	+ 100 000 000	100 000 000	—	+ 100 000 000
—	— 150 675 200	+ 150 675 200	—	— 150 675 200	+ 150 675 200

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt							
			Einnahmen	Ausgaben			Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)			
				fortdauernde	einmalige	Summe				
1	1a	2	3	4	5	6	7			
(XXIII)	11	Beteiligungen des Bundes	—	—	—	—	—			
	12	Ausgleichszuschüsse an überlastete Länder	—	—	—	—	—			
	13	Wohnungsfürsorge für Angehörige der Zollverwaltung	—	—	—	—	—			
	14	Neu- und Umbau von Dienstgebäuden in Bonn	—	—	—	—	—			
	18	Darlehen an Länder	—	—	—	—	—			
	19	Beitritt der Bundesrepublik zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank	—	—	—	—	—			
		Zusammen....	3 280 523 300	— 72 808 100	— 121 140 950	— 193 949 050	+ 3 474 472 350			
XXIV		Verteidigungslasten einschließlich Besatzungskosten und Auftragsausgaben								
	1	Besatzungskosten	}	—	—	—	—			
	2	Auftragsausgaben Kl. I						1 629 911 700	1 629 911 700	— 1 629 911 700
	3	Auftragsausgaben Kl. II								
	4	Zusätzliche Verteidigungslasten						1 142 072 300	1 142 072 300	— 1 142 072 300
		Zusammen....	—	2 771 984 000	—	2 771 984 000	— 2 771 984 000			
XXVI		Soziale Kriegsfolgelasten								
	1	Kriegsfolgehilfe	10 000 100	— 40 100 000	—	— 40 100 000	+ 50 100 100			
	1b	Leistungen des Bundes auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes	—	140 000 000	—	140 000 000	— 140 000 000			
	2	Umsiedlung und Auswanderung	100	13 500 000	—	13 500 000	— 13 499 900			
	3a	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen (soweit nicht bei Kap. 3b)	6 300 000	21 521 000	—	21 521 000	— 15 221 000			
	3b	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	— 600 000	— 40 723 000	—	— 40 723 000	+ 40 123 000			
	4	Kriegsopferversorgung	1 687 700	— 37 878 700	1 345 000	— 36 533 700	+ 38 221 400			
	5	Minderausgabe	—	— 52 900 000	—	— 52 900 000	+ 52 900 000			
			Zusammen....	17 387 900	3 419 300	1 345 000	4 764 300	+ 12 623 600		
		Insgesamt....	3 403 940 500	3 488 139 150	— 84 198 650	3 403 940 500	∕.			

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	10 068 000	— 10 068 000	—	10 068 000	— 10 068 000
—	250 000 000	— 250 000 000	—	250 000 000	— 250 000 000
—	13 000 000	— 13 000 000	—	13 000 000	— 13 000 000
—	6 700 000	— 6 700 000	—	6 700 000	— 6 700 000
—	30 000 000	— 30 000 000	—	30 000 000	— 30 000 000
—	184 000 000	— 184 000 000	—	184 000 000	— 184 000 000
102 470 750	343 092 800	— 240 622 050	3 382 994 050	149 143 750	+ 3 233 850 300
—	— 1 629 911 700	+ 1 629 911 700	—	—	—
—	—	—	—	1 142 072 300	— 1 142 072 300
—	— 1 629 911 700	+ 1 629 911 700	—	1 142 072 300	— 1 142 072 300
—	—	—	10 000 100	— 40 100 000	+ 50 100 100
—	—	—	—	140 000 000	— 140 000 000
—	—	—	100	13 500 000	— 13 499 900
—	—	—	6 300 000	21 521 000	— 15 221 000
—	—	—	— 600 000	— 40 723 000	+ 40 123 000
—	—	—	1 687 700	— 36 533 700	+ 38 221 400
—	—	—	—	— 52 900 000	+ 52 900 000
—	—	—	17 387 900	4 764 300	+ 12 623 600
— 1 122 075 600	— 1 122 075 600	∕.	2 281 864 900	2 281 864 900	∕.

**Bekanntmachung
über die Wiederverwendung deutsch-britischer Vorkriegsverträge.**

Vom 13. März 1953.

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland ist durch Notenwechsel Einverständnis darüber festgestellt worden, daß die nachstehend genannten vom Deutschen Reich mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland geschlossenen Verträge im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland mit Wirkung vom 1. Januar 1953 wieder angewendet werden:

1. Internationaler Vertrag zum Schutze der unterseeischen Telegrafenkabel vom 14. März 1884 (Reichsgesetzbl. 1888 S. 151).
2. Erklärungen vom 1. Dezember 1886/23. März 1887 betreffend den Internationalen Vertrag zum Schutze der unterseeischen Telegrafenkabel vom 14. März 1884 (Reichsgesetzbl. 1888 S. 167, 292).
3. Internationales Abkommen über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern vom 26. September 1906 (Reichsgesetzbl. 1911 S. 17).
4. Abkommen betreffend die Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei der Eintreibung von Vertragsschulden vom 18. Oktober 1907 (Reichsgesetzbl. 1910 S. 59).
5. Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfeleistung und Bergung in Seenot vom 23. September 1910 (Reichsgesetzbl. 1913 S. 66).
6. Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen vom 23. September 1910 (Reichsgesetzbl. 1913 S. 49).
7. Internationales Opiumabkommen vom 23. Januar 1912 (Reichsgesetzbl. 1921 S. 6).
8. Internationale Meterkonvention vom 6. Oktober 1921 (Reichsgesetzbl. 1927 II S. 409; Reichsgesetzbl. 1928 II S. 165).
9. Protokoll über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr vom 24. September 1923 (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 47).
10. Übereinkommen und Statut über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen vom 9. Dezember 1923 (Reichsgesetzbl. 1928 II S. 23).
11. Internationales Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente vom 25. August 1924 (Reichsgesetzbl. 1939 II S. 1049).
12. Internationales Abkommen und Protokoll zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten vom 3. November 1923 (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 672).
13. Vereinbarung über die den Seeleuten der Handelsmarine für die Behandlung von Geschlechtskrankheiten zu gewährenden Erleichterungen vom 1. Dezember 1924 (Reichsgesetzbl. 1937 II S. 109).
14. Internationales Opiumabkommen vom 19. Februar 1925 (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 407).
15. Übereinkommen über die Eichung der Binnenschiffe vom 27. November 1925 (Reichsgesetzbl. 1927 II S. 355).
16. Internationales Abkommen über Kraftfahrzeugverkehr vom 24. April 1926 (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 1233).
17. Internationales Übereinkommen über die Sklaverei vom 25. September 1926/1. April 1927 (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 63).
18. Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 26. September 1927 (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 1067).
19. Abkommen über den Rechtsverkehr vom 20. März 1928 (Reichsgesetzbl. II S. 623).
20. Internationales Übereinkommen zum Schutze des menschlichen Lebens auf See vom 31. Mai 1929 (Reichsgesetzbl. 1931 II S. 235).
21. Internationales Abkommen vom 7. Juni 1930 (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 377) über:
 - a) das einheitliche Wechselgesetz nebst Anlagen und Protokoll,
 - b) Bestimmungen auf dem Gebiete des internationalen Wechselprivatrechts nebst Protokoll,
 - c) das Verhältnis der Stempelgesetze zum Wechselrechts nebst Protokoll.
22. Internationales Übereinkommen über den Freibord der Kauffahrteischiffe vom 5. Juli 1930 (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 707).
23. Internationales Abkommen über den gegenseitigen Schutz gegen das Denguefieber vom 25. Juli 1934 (Reichsgesetzbl. 1936 II S. 235).
24. Abkommen über die Abschaffung der Konsulatssichtvermerke auf den Gesundheitspässen und der Gesundheitspässe vom 22. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. 1936 II S. 80, 84).
25. Abkommen über die beiderseitige Zulassung bestimmter Freibordzeugnisse vom 7. Juni 1935 (Deutscher Reichsanzeiger 1935 Nr. 209 und Reichsministerialblatt 1935 S. 740).

Bonn, den 13. März 1953.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung
über die Wiederanwendung von Vorkriegsverträgen.**

Vom 13. März 1953.

Die nachstehend genannten vom Deutschen Reich abgeschlossenen Verträge werden gegenüber allen Vertragsstaaten wieder angewendet:

1. Vertrag über Spitzbergen vom 9. Februar 1920 (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 763).
2. Internationale Anerkennung des Flaggenrechts der Staaten ohne Meeresküste vom 20. April 1921 (Reichsgesetzbl. 1932 II S. 93).
3. Abkommen über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vom 20. Januar 1930 (Reichsgesetzbl. II S. 288).
4. Internationale Abkommen zur Vereinheitlichung des Scheckrechts nebst Protokollen vom 19. März 1931 (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 537).

Bonn, den 13. März 1953.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung
über die Wiederanwendung von Vorkriegsverträgen.**

Vom 13. März 1953.

Die nachstehend genannten vom Deutschen Reich abgeschlossenen Verträge werden gegenüber allen Vertragsstaaten wieder angewendet:

1. Vertrag über die Schifffahrt im Suezkanal vom 29. Oktober 1888 (Martens, NRG II, XV S. 213, 557),
2. Übereinkommen zur Gründung eines internationalen Vereins für die Veröffentlichung der Zolltarife vom 5. Juli 1890 (Martens, NRG II, XVIII S. 558),
3. Abkommen vom 20. Oktober 1921 betreffend Entfestigung und Neutralisation der Kanalinseln (VbD 255).

Bonn, den 13. März 1953.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

Bekanntmachung
über die Wiederanwendung von Vorkriegsverträgen.

Vom 13. März 1953.

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Neuseeländischen Regierung ist durch Notenwechsel Einverständnis darüber festgestellt worden, daß das deutsch-britische Abkommen über den Rechtsverkehr vom 20. März 1928 (Reichsgesetzbl. II S. 623; Reichsgesetzbl. 1929 II S. 637) im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Neuseeland mit Einschluß der Cook-Inseln und dem Treuhandgebiet von West-Samoa mit Wirkung vom 1. Januar 1953 wieder angewendet wird.

Bonn, den 13. März 1953.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein